

Dr. v. Seidler über den derzeitigen Stand der polnischen Frage entgegenzunehmen.

Dr. v. Mühlwerth hebt dabei ausdrücklich hervor, daß es sich nicht um eine gemeinsame Beratung der beiden Ausschüsse handeln könne, sondern daß vielmehr beide Körper, schäffen nach Entgegennahme der Regierungserklärung gesondert beraten und beschließen werden.

Mit Rücksicht darauf, daß diese Frage auch in der heutigen Sitzung des Budgetausschusses zur Sprache kam, beschloß der Ausschuß, an den Budgetausschuß mit der Anregung heranzutreten, eine gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse abzuhalten, zu welcher Ministerpräsident Dr. Ritter von Seidler eingeladen werden soll, um eine Erklärung über diese Frage abzugeben.

Die Beratung im Budgetausschusse.

Der Budgetausschuß hielt heute unter Vorsitz des Obmannes Dr. Sylvester eine Sitzung ab. Vor Eingehen in die Tagesordnung verweist

Abg. Dr. Ellenbogen auf die in den Blättern erschienene Nachricht, wonach es den Vereinbarungen zwischen dem deutschen und österreichischen Hofe gelungen sei, ein Einverständnis in bezug auf die Regelung der polnischen Frage in dem Sinne zu erzielen, daß Polen mit Oesterreich zu einer Personalunion verbunden, Galizien von Oesterreich abgetrennt und dem neu zu gründenden polnischen Staate einverleibt werde. Diese Regelung — immer vorausgesetzt, daß die Mitteilungen darüber auf Wahrheit beruhen — würde vor allem eine Desavouierung der Erklärungen des Ministers des Aeußern bedeuten, daß Oesterreichs Kriegsziele nicht auf Annexionen ausgehen. Die Abtrennung Galiziens ohne Befragung des Reichsrates berührt nicht bloß wirtschaftliche Interessen und die österreichische Handelspolitik, sondern es handelt sich dabei auch um die Aufteilung der Kriegskosten auf die gesamte Bevölkerung, zu denen ein Teil des Reiches, der nicht weniger als 6 Millionen Einwohner zählt, wenn er abgetrennt werde, nicht mehr herangezogen würde.

Die Frage betreffe auch die staatsrechtliche Gestaltung des Reiches. Das Wichtigste jedoch sei die Tatsache, daß diese Lösung der Frage, die Redner vom polnischen Standpunkte aus begreifen könne, in die aber auch die anderen Völker des Reiches etwas dreinzureden haben, eine Gefahr für den Frieden darstelle; denn sie werde in Rußland nicht anders als eine Provokation und als Wegnahme russischen Gebietes und dessen Unterstellung unter österreichischer Herrschaft betrachtet werden.

Der Ausschuß könne unmöglich seine Beratungen fortsetzen, bevor nicht Erklärungen der Regierung über die in den Blättern veröffentlichte Lösung der polnischen Frage abgegeben werden, dies um so mehr, als das, was mitgeteilt wird, eine Mißachtung der Rechte des Reichsrates darstelle. Er beantrage daher, den Ministerpräsidenten einzuladen, in der Sitzung zu erscheinen und Aufklärungen zu geben.

Abg. Dr. Koroschec bedauert, daß die Deffektivität, obwohl das Abgeordnetenhaus sowohl in Oesterreich als in Ungarn verjammelt ist, so wichtige Dinge wie die Lösung der polnischen Frage erst durch reichsdeutsche und dann erst durch österreichische Zeitungen erfahren. Darin liege eine Mißachtung der parlamentarischen Einrichtung. Die Lösung der polnischen Frage, wie sie nach diesen Nachrichten intendiert werde, werde die größten Rückwirkungen auf die äußere und innere Politik haben. Er müsse dagegen protestieren, daß derartige Fragen, ohne den Reichsrat gehört, ja ohne die Abgeordneten vorher informiert zu haben, gelöst werden. Er schließe sich namens des „Cesty Swaz“ und des Südslawischen Klubs dem Antrage des Abg. Dr. Ellenbogen an.

Obmann Dr. Sylvester erklärt, daß er den Ministerpräsidenten, der eine Einladung zur Sitzung des Budgetausschusses erhalten habe, von diesem Wunsche sofort verständigen werde.

Die ukrainische parlamentarische Vertretung über die Mitteilungen, betreffend die Lösung der polnischen Frage.

Das Sekretariat der ukrainischen parlamentarischen Vertretung im Abgeordnetenhaus versendet folgendes Communiqué:

Die Mitteilungen der Presse über die bevorstehende Entscheidung in der polnischen Frage, wobei Galizien an Polen abgetrennt werden soll, haben bei den ukrainischen Abgeordneten große Erregung hervorgerufen. Heute vormittag hat die parlamentarische Kommission der ukrainischen Vertretung eine längere Sitzung abgehalten und nachmittags nach Schluß der Budgetausschusssitzung wird eine Plenarsitzung des Ukrainischen Klubs einberufen. Die in Galizien weilenden Abgeordneten wurden telegraphisch aufgefordert, sofort in Wien zu erscheinen. Die Erregung der Ukrainer ist um so größer, als bei der am 1. November stattgefundenen Konferenz des Präsidiums der ukrainischen parlamentarischen Vertretung mit dem Grafen Czernin der Minister des Aeußern jede Absicht der Regierung, in der polnischen Frage und hinsichtlich Galiziens irgendwelche neue Entscheidungen vor dem Friedensschluß zu treffen, entschieden in Abrede gestellt hat.

Eine dringliche Anfrage der Ukrainer.

Die ukrainischen Abgeordneten erschienen heute beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Groß und teilten ihm mit, daß sie in der morgigen Plenarsitzung eine dringliche Anfrage wegen der polnischen Frage einbringen werden, über welche sie die sofortige Eröffnung der Debatte verlangen.

Ueberreichung eines ukrainischen Protestes an den Ministerpräsidenten.

Die Abgeordneten Witt, Couci, Gentili, Brstovitch und Singalewicz hatten für heute mittag eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten vereinbart wegen des Votcs der Konstituierten und Internierten.

An Stelle der Konferenz überreichte Abg. Singalewicz dem Ministerpräsidenten folgenden Protest:

Unsere gemeinsame Aktion wurde zu diesem Zwecke und in dieser Absicht eingeleitet, um durch die Verhandlungen mit der Regierung das harte Los einer Kategorie der Opfer des Krieges, das ist das Los der Konstituierten, Internierten, Suspensierten und überhaupt politisch Verfolgten, zu erleichtern und ihrem Rechte zum Siege zu verhelfen. Die heutige Sitzung war dazu bestimmt, um das tatsächliche Material einer genaueren Besprechung zu unterziehen und in diesem Sinne habe ich auch das Material, welches die ukrainischen Opfer einer Kategorie betrifft, vorbereitet. Angesichts aber der jüngsten politischen Ereignisse, angehts der angelegten Angliederung Galiziens zum Königreiche Polen über Wunsch Oesterreichs, was eine Auslieferung der österreichischen Ukrainer ihrem politischen Erbfeinde bedeutet, müssen wir österreichische Ukrainer zur Schlußfolgerung gelangen, daß wir hier in Oesterreich nichts mehr zu suchen haben. Trotz unermüdblicher Opfer des ukrainischen Volkes in diesem Kriege, trotz seiner wahren

Anhänglichkeit und Treue zum Staate und Dynastie, will die österreichische Regierung für das Interesse dieses Volkes und seine Zukunft, seine vitalsten Forderungen kein Verständnis haben. Die angelegte Angliederung Galiziens zum Königreiche Polen ist nichts anderes als ein Schlag ins Gesicht, ein Schlag ins Herz des treuen ukrainischen Volkes in Oesterreich.

Aus diesem Grunde ist es nicht der Mühe wert, irgendwelche Verhandlungen mit der österreichischen Regierung zu führen und die Zeit für Besprechungen zu verlieren. Der fromme Wunsch, uns österreichische Ukrainer wie auch die anderen unterdrückten Nationen gänzlich zu zerquetschen, ist schon da. Ob es aber gelingen wird, ist noch eine Frage. Indem ich von den ukrainischen Abgeordneten der erste bin, welcher nach den oberrühnten Ereignissen mit der Regierung in Kontakt kommt, so muß ich gegen oberrühnte Absichten schon jetzt den feierlichsten Protest erheben, und erkläre, daß ich von diesen Beratungen Abstand nehme.

Die Auffassung in deutschen Parteikreisen.

Abg. Dr. Waber, der im Vorjahre, als das Projekt der Sonderstellung Galiziens auf der Tagesordnung stand, im Deutschen Nationalverband das Reperat über diese Frage führte und mit den Stimmungen in deutschen Parteikreisen genau vertraut ist, äußerte sich zu einem unjener Mitarbeiter folgendermaßen:

Die Deutschen würden die Schaffung des Königreiches Polen, wenn sie erfolgt, wie aus den Blättermeldungen hervorgeht, als die Erfüllung des Traumes der polnischen Patrioten begrüßen. Die Polen würden dadurch die volle Selbständigkeit in der Verfügung über ihre politische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung erreichen. Die Deutschen haben schon bisher im österreichischen Parlament den größten Wert auf ein gedeihliches Einvernehmen mit den Polen gelegt und sie werden auch in Zukunft der Herstellung eines Einvernehmens mit dem polnischen Königreiche die größte Bedeutung beilegen. Besonderer Wert muß der Schaffung eines großen, geschlossenen Wirtschaftsgebietes beigegeben werden, da in der Gegenwart kleine Wirtschaftsgebiete den großen gegenüber von Nachteil sind. Galizien war bisher und das Königreich Polen wird in Zukunft die notwendige wirtschaftliche Ergänzung des österreichischen Wirtschaftsgebietes sein. Deshalb wird es im beiderseitigen Interesse gelegen sein, genaue Bestimmungen über das Verhältnis der beiden Staatsgebiete zueinander zu schaffen, um auf diese Weise Differenzen, wie sie sich im Laufe der Zeit zwischen Oesterreich und Ungarn herausgebildet haben und beständige, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sich wiederholende Schwierigkeiten gegerigt haben, zu vermeiden.

Solche Schwierigkeiten werden sich nur dann vermeiden lassen, wenn die Polen von ihrer Stellung einen den politischen Verhältnissen entsprechenden, durchaus vernünftigen Gebrauch machen werden. Das Königreich Polen muß es vermeiden, durch eine künstliche Separation eine Schiedemauer aufzurichten. Denn dadurch würde es sich selbst schädigen, aber auch die Entwicklung der Monarchie beeinträchtigen. So wie Ungarn seit dem Dualismus bei Wahrung des gemeinsamen Wirtschaftsgebietes eine geradezu fabelhafte Entwicklung genommen hat, ebenso wird das vom russischen Druck befreite polnische Gebiet in den kommenden Jahrzehnten einen ganz ungeheuren Aufschwung nehmen. Die Deutschen gönnen und wünschen eine solche Entwicklung jedem Volke und müssen nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Königreich in seinem eigenen wohlberathenen Interesse alle Hemmungen der Entwicklung der beiden Gebiete vermeide.

Die Deutschen Oesterreichs müssen mit dem Königreiche Polen als mit einer sehr starken politischen Potenz rechnen. Die Polen in Galizien haben schon bisher eine volle Selbständigkeit in der Verwaltung und kulturellen Fürsorge genossen. Das österreichische Staatsgebiet hat ihnen einen kräftigen Rückhalt in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht geboten. In Zukunft würde die Stellung der Polen gegenüber den Deutschen eine noch kräftigere und ausschlaggebendere werden, sowohl vom innerpolitischen wie vom außenpolitischen Standpunkte aus.

Würde man annehmen, daß durch die geplante Lösung der polnischen Frage die politischen Verhältnisse in Oesterreich sich erheblich zugunsten der Deutschen verschieben, so könnte vielleicht schon in der nächsten Zeit eine gewisse Enttäuschung eintreten. Die Verhältnisse in Oesterreich werden durch das Ausschleiden Galiziens einfacher, sie bleiben aber noch immer sehr schwierig. Oesterreich bleibt ein Nationalitätenstaat. Es ist durchaus ein Irrtum, anzunehmen, daß die Stellung der Czechen und der Südslawen in Oesterreich durch das Ausschleiden Galiziens eine weniger kräftige sein wird. Wenn sich auch eine kleine deutsche Mehrheit (unter Einschluß der Sozialdemokraten) ergeben wird, so werden die Czechen und Südslawen im österreichischen Reichsrate proportionell doch stärker sein als bisher. Der Reichsrat wird dann nur das umgekehrte Bild des böhmischen Landtages bieten, in dem die Czechen in der Majorität sind, ohne daß es ihnen gelingen könnte, über die gerechtfertigten Wünsche der Deutschböhmen zur Tagesordnung überzugehen. Vielleicht wird aber die neue Lage der Dinge die slawischen Parteien dazu bestimmen, den staatlichen Forderungen nunmehr gerecht zu werden.

Das Parlament und die polnische Frage.

Bevorstehende Erklärungen des Ministerpräsidenten in einer gemeinsamen Sitzung des Verfassungs- und Budgetausschusses.

Wien, 8. November.

Im Abgeordnetenhaus bildet heute die Nachricht über die bevorstehende Lösung der polnischen Frage und über die Verhandlungen des Ministers des Aeußern Grafen Czernin in Berlin über diesen Gegenstand das ausschließliche Gesprächsthema. Schon vor Beginn der Ausschusssitzungen fanden sich beim Ministerpalon zahlreiche Abgeordnete aller Parteigruppen ein, um den Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler zu erwarten und von ihm Aufklärungen über die Tatsachen zu erlangen, welche diesen Meldungen zugrunde liegen.

Auch in den Ausschüssen wurde die Angelegenheit zur Sprache gebracht. Im Budgetausschuß stellte Abgeordneter Dr. Ellenbogen den Antrag, den Ministerpräsidenten in den Ausschuß einzuladen, damit er dort Auskünfte erteile. Die gleiche Forderung wurde im Verfassungsausschuß vom Abgeordneten Dr. Renner erhoben. Hier regten die Abgeordneten Dr. Dfner und Dr. Ritter v. Mühlwerth die Abhaltung einer gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse an, um die Erklärungen des Ministerpräsidenten entgegenzunehmen, während die Beratung über die Mitteilungen des Kabinettschefs in beiden Ausschüssen gesondert durchgeführt werden sollte.

Die Obmänner der beiden Ausschüsse Dr. Sylvester (Budgetausschuß) und Dr. Mataja (Verfassungsausschuß) hielten unverzüglich eine Besprechung ab und legten sich mit dem Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler in Verbindung. Dieser erklärte sich bereit, dem Wunsche der beiden Ausschüsse zu entsprechen, worauf die beiden Obmänner die Ausschüsse für 4 Uhr nachmittags zu einem gemeinsamen Beratungszimmer einladen ließen.

Die Erklärungen im Verfassungsausschusse.

In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses erbat Abgeordneter Dr. Renner vor Eingehen in die Tagesordnung das Wort zu einer Erklärung über die Lösung der polnischen Frage. Er führte aus, der Verfassungsausschuß könne nicht vorübergehen an den Meldungen über einen Staatsakt, der die Vereinigung Oesterreich-Ungarns aufs tiefste berührt. Wir wünschen den Polen das Beste, sagte Redner, aber wir müssen dagegen feierlich Einsprache erheben, daß ein Akt, der aller Wahrscheinlichkeit nach vom internationalen Friedenskongreß im Vertragswege zu vollziehen wäre, nun auf einseitige Weise vollzogen wird und hiedurch den Anschein einseitiger Eroberungsabsichten hervorgerufen wird. In dem Momente, wo wir eben erklärt haben, daß wir einen Verständigungsfrieden wollen, werde durch den geplanten Akt der Krieg ins Unabsehbare verlängert. Wir und die ganze Welt fühlen uns durch diesen Staatsakt dupiert, er mit den Erklärungen unseres Ministers des Aeußern im schärfsten Widerspruch steht. Wir protestieren gegen jeden Versuch, den Vorgang vom Jahre 1867 zu wiederholen und durch vollzogene Tatsachen einer einverständlichen und vertragmäßigen Auseinandersetzung zwischen den österreichischen Völkern und der polnischen Nation zu substituieren. Zahlreiche Rechtsverhältnisse, so über die Staatsschuld, über die Quote, über das Verhältnis zu Ungarn und insbesondere über die Zoll- und Handelsbeziehungen, müssen vorher vertraglich vereinbart werden. Wir erklären hiermit, schließt Redner, daß, wenn es auf uns ankommt, wir keine andere Lösung akzeptieren, als diejenige, die auf dem Friedenskongreß der Welt geschaffen und durch freie Verträge der polnischen Nation mit uns geschlossen werden wird. Dr. Renner beantragt die Eröffnung der Debatte über diese Angelegenheit.

Die Abgeordneten Dr. Dfner, Dr. Redlich und Dr. v. Mühlwerth schließen sich der Anschauung des Redners an und fordern die Abhaltung einer gemeinsamen Sitzung des Budget- und Verfassungsausschusses, um die Erklärungen des Ministerpräsidenten